

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Beinstraße 44
73430 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de
<http://de-de.facebook.com/roderich.kiesewetter>
<https://de.twitter.com/RKiesewetter>



Kiesewetter kompakt 17/2012

„Koalition stellt Weichen für 2013“ / Persönliche Notizen

Wegweisende Entscheidungen zu Betreuungsgeld, Verkehrsinfrastruktur, Rente und Praxisgebühr

Mit wichtigen Entscheidungen hat die christlich-liberale Koalition die Weichen für das letzte Jahr vor der Bundestagswahl 2013 gestellt. Der Koalitionsausschuss beschloss am vergangenen Sonntag, das Betreuungsgeld für Kleinkinder, die keine Krippe besuchen, ab dem 1. August 2013 einzuführen. Die Praxisgebühr wird ab 1. Januar 2013 abgeschafft, und 750 Mio € werden zusätzlich für Straßen, Bahn und Wasserwege bereitgestellt. Zur Bekämpfung der Altersarmut entschied die Koalition, sehr kleine Renten von Menschen, die ein Leben lang gearbeitet und privat vorgesorgt haben, aus Steuermitteln aufzustocken.

Die Neuverschuldung wird in diesem Jahr von zuletzt geplanten rund 32 Mrd € auf rund 28 Mrd € gesenkt. Damit können beispielsweise die Einzahlung von 8,7 Mrd € in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Bereitstellung des deutschen Anteils an der Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 1,6 Mrd € und die weiteren 580 Mrd € des Bundes an die Länder für den zusätzlichen Ausbau der Kinderbetreuung nahezu vollständig aufgefangen werden.

Die strukturelle Neuverschuldung des Bundes sinkt dabei von 20 Mrd € im vergangenen auf

geplante 15 Mrd € in diesem Jahr. Die christlich-liberale Koalition will den Weg der soliden Staatsfinanzen aber noch weiter gehen. So sollen laut Koalitionsbeschluss vom Sonntag die Vorgaben der Schuldenbremse bereits im Haushalt 2013 eingehalten werden – und damit drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Das bedeutet konkret, dass die Neuverschuldung im nächsten Jahr auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beschränkt werden muss.

Schon 2014 will die Koalition -stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen vorausgesetzt- einen Bundeshaushalt aufstellen, der ganz ohne strukturelle Neuverschuldung auskommt. Mit einem entsprechenden Eckwertebeschluss des Kabinetts im kommenden März soll die Haushaltskonsolidierung umgesetzt werden. Bei der sogenannten roten Null sind nur Konjunkturschwankungen und Einmalzahlungen – wie die verbliebenen Tranchen an den europäischen Rettungsschirm ESM – aus der Rechnung ausgeklammert. Mit der Abschaffung der Praxisgebühr von zehn € pro Quartal zum 1. Januar 2013, die an diesem Freitag durch den Deutschen Bundestag beschlossen wurde, werden die Bürger um zwei Mrd € pro Jahr entlastet. Für Ärzte und Krankenkassen reduziert sich damit die Bürokratie. Die Mindereinnahmen der Krankenkassen werden laut

Beschluss aus dem Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen. Dennoch schätzen die Experten, dass die Rücklagen Ende 2013 noch mehr als 10 Mrd € betragen.

Die 750 Mio €, mit denen der Verkehrsetat aufgestockt wird, sollen vorrangig in Neubauprojekte fließen. Zu unserer Wettbewerbsfähigkeit gehört neben einer guten Verkehrsinfrastruktur auch eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung. Die Koalition hat sich darauf verständigt, zur Steuerung des Ausbaus Erneuerbarer Energien eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorzunehmen und bis zum März 2013 Vorschläge zu machen, die die Kosten auf ein vertretbares Maß begrenzen, ein hohes Maß an Investitionssicherheit gewährleisten und das Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien mit der übrigen Energieversorgung verbessern.

Das Betreuungsgeld, ebenfalls an diesem Freitag in namentlicher Abstimmung beschlossen, bekommen Eltern, die für ihre ein- und zweijährigen Kinder keinen öffentlich geförderten Krippenplatz oder Tagespflege in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen einer Barleistung oder einem Zuschuss, der sowohl für die private Altersvorsorge als auch für die Finanzierung der Bildung ihrer Kinder verwendet werden kann. Menschen, die mindestens 40 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben und zusätzlich privat vorgesorgt haben, sollen ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten. Die Rente soll knapp oberhalb der Grundsicherung liegen. Außerdem soll sichergestellt sein, dass sich private Vorsorge lohnt. Die Kosten, die durch die Beschlüsse anfallen, sind gedeckt. Spielräume ergeben sich dadurch, dass das Betreuungsgeld acht Monate später als geplant eingeführt wird, dass der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds gekürzt wird und dass künftig Gewinne der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an den Bund fließen können. Die KfW hatte zuletzt Rekordgewinne erwirtschaftet.

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit

An diesem Freitag debattierte der Deutsche Bundestag über den von der Bundesregierung

vorgelegten „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012“. In der Debatte stellten die Abgeordneten fest, dass der „Aufbau Ost“ ein zentrales Thema für die Fraktionen unserer Koalition ist. Es wurde deutlich, dass der Angleichungsprozess weiter voranschreitet und das Zusammenwachsen von Ost und West in vielen Bereichen positiv verläuft. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass der bisher schon erfolgreiche Prozess der wirtschaftlichen Angleichung selbst in der Wirtschaftskrise nicht unterbrochen wurde und sich im Gegenteil die Arbeitslosigkeit auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung befindet. Im Verlauf der einstündigen Debatte wurde allerdings auch deutlich, dass der Prozess des Aufholens der neuen Länder noch nicht abgeschlossen ist. So wurde ebenfalls über den Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtbau Ost debattiert, aus dem hervorgeht, dass die meisten Regionen der neuen Länder in den kommenden 15 Jahren nochmals mehr als 20 % der Bevölkerung verlieren werden. Der demografische Wandel und die auch zukünftige bestehende Notwendigkeit einer Einwerbung von Mitteln aus dem Europäischen Strukturfonds sind die Herausforderungen, die bei der Debatte um den Aufbau Ost deutlich wurden.

Größte Kommunalentlastung der Geschichte

Die Bundesregierung hat 2011 zugesagt, die Kommunen deutlich stärker als bisher finanziell zu unterstützen und zu entlasten. Diese Zusage wurde in dieser Woche durch die Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, das die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung regelt, eingehalten. Damit übernimmt der Bund ab dem Jahr 2014 die vollen Kosten für die Grundsicherung. Bereits im Jahr 2013 erhöht sich der Anteil des Bundes von jetzt 45 auf 75 % der Netto-Ausgaben in diesem Bereich. Die kommunale Finanzmisere, die unter Rot-Grün im Jahr 2003 mit einem Kommunaldefizit von über acht Mrd € ihren Höhepunkt erreichte, ist überwunden. Mehr noch, die Ursachen konnten strukturell und damit auf Dauer behoben werden. Für das laufende Jahr 2012 kann mit einem Haushaltsüberschuss der Städte, Gemeinden und Kreise von bundesweit 2,3 Mrd € gerechnet werden. Profitieren werden

davon besonders die Kommunen, die unter drängenden Finanzproblemen leiden. Die Kostenübernahme der Altersgrundsicherung steht sinnbildlich für einen Paradigmenwechsel in der Bundespolitik. Anstelle – wie in der Vergangenheit – die Kommunen mit immer neuen Aufgaben und Ausgaben zu belasten, stärken wir die Städte, Gemeinden und Landkreise. Der für dieses Jahr errechnete Haushaltüberschuss wird sich nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Mrd € steigern und den Kommunen damit wieder erhebliche Gestaltungsspielräume zurückgeben.

Bundeswehreinsatz in Darfur

Die Bundeswehr wird sich bis Ende 2013 weiter am Einsatz in der westsudanesischen Region Darfur beteiligen. Über die Fortsetzung des Einsatzes im Rahmen der internationalen Unamid-Operation in Darfur entschied der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag in namentlicher Abstimmung. Die Bundesregierung hatte dazu zuvor einen Antrag vorgelegt, in dem die Mission als "stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar" bezeichnet wird. Hintergrund: Die Beteiligung der Bundeswehr an der von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union (AU) gestellten Friedenstruppe für Darfur/Sudan wurde vom Bundestag erstmals am 15.11.2007 gebilligt. Das nunmehr durch den Deutschen Bundestag auf Antrag der Bundesregierung verlängerte Mandat sieht eine Mandatsobergrenze von 50 Soldatinnen und Soldaten vor. Diese Zahl spiegelt lediglich die theoretisch maximal einsetzbare Anzahl von Soldatinnen und Soldaten wider.

Mehr Wertschätzung für das Ehrenamt

Die christlich-liberale Koalition will die Arbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen besser würdigen. Der Deutsche Bundestag beriet daher am Donnerstag in 1. Lesung einen vom Bundeskabinett bereits im Oktober beschlossenen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Ehrenamtes. Der Entwurf sieht vor, dass Tätigkeiten als Trainer, Ausbilder oder Betreuer stärker

steuerlich begünstigt werden sollen: Die steuerfreie Übungsleiterpauschale soll von derzeit 2.100 auf 2.400 €, die Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 € angehoben werden. Haftungsrisiken für Ehrenamtliche sollen auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz begrenzt werden. Der Gesetzentwurf bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Zitat:

«Wir müssen jetzt den richtigen Weg finden, um die Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft zu stabilisieren, indem wir ihre Gründungsfehler beheben.» (Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem EU-Parlament am Mittwoch in Brüssel mit Blick auf den EU-Gipfel im Dezember)

Persönliche Notizen

1.Wahlkreis und Land

Am 27. Oktober habe ich den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk MdB, in seinem Wahlkreis in Franken mit einem Vortrag zu deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vor vielen Zuhörern unterstützt.

Am Sonntag, dem 28. Oktober waren Winfried Mack MdL und ich zu Gast beim Frühschoppen der CDU Rindelbach im Rahmen des Herbstfestes. Daran schloss sich für mich das Fest der Stefanus-Stiftung und das Eine-Welt-Fest in Wasseralfingen an, eine starke Gemeinde, sowohl in der Ortskirche wie auch in der weltweiten Caritas. Die Woche begann mit einigen Bürgergesprächen im Wahlkreisbüro, einem Besuch bei SHW Casting und der Jahreshauptversammlung des CDU Stadtverbands Ellwangen. Auch der Dienstag stand vormittags ganz unter dem Zeichen von Bürgergesprächen. Mittags war ich beim Suchtbeauftragten des Ostalbkreises, Berthold Weiß, im Landratsamt.

Nachmittags fand nach 30 Jahren mit der feierlichen Verkehrsfreigabe der Ortsdurchfahrt Rindelbach einschließlich einer Bahnunterführung lange Arbeit ein glückliches Ende. Abends nahm ich mit meiner Frau am spannenden Schlager VfR Aalen – Borussia Dortmund teil, zudem auch unser CDU-Bezirksvorsitzender Steffen Bilger MdB mit seiner Partnerin kam. 1:4, aber

wacker geschlagen gegen den deutschen Meister. Am Mittwoch eröffnete ich mit Rektor Prof. Dr. Gerhard Schneider, Oberbürgermeister Martin Gerlach und Landrat Klaus Pavel die Aalener Industriemesse an der Hochschule, über 140 Firmen stellten aus, hunderte junge Menschen haben sich über berufliche Perspektiven in der Region informiert. Da spürten wir hautnah die wirtschaftliche Stärke unserer Heimat. Anschließend ging es zum 70. Geburtstag von OB a.D. Ulrich Pfeifle ins Aalener Rathaus.

Am Nachmittag setzte ich meine Gemeindebesuche fort, dieses Mal in Steinheim und Söhnstetten. Auftakt bildete ein Vortrag von Bürgermeister Olaf Bernauer mit anschließender Diskussion mit ihm und dem Gemeinderat. Dann ging es ins moderne neue Kinderhaus. Anschließend besuchte ich zwei Firmen, Historische Baustoffe Ostalb und Spedition Gröner, jeweils in Söhnstetten. Den Tag rundete ein langes Bürgergespräch im „Hirschen“ ab.

Wir haben eine wichtige **neue Herausforderung** in unserer Region! Durch die Energiewende, also den rascheren Zubau von Erneuerbaren Energien (EEN) und den wesentlich schnelleren Ausstieg aus der Kernkraft zeigt sich massiv, daß die Gesetzgebung von seinerzeit Rot-Grün nicht mehr zeitgemäß ist und wir übergreifend nach einem neuen Konsens suchen müssen. Die Netzausbaukosten insbesondere für PV-Anlagen wurden bisher auf die Einspeiseregionen umgelegt. Durch den massiven PV-Ausbau droht unserer Region mittelfristig ein zusätzlicher Preisanstieg von ca. 2-3 ct/Kwh die nächsten Jahre. Hinzu kommt, daß sich die Stadt Stuttgart aus dem EnBw/OdR Verbund verabschieden möchte. Das würde zu weiterem Preisanstieg im ländlichen Raum führen, weil ja die Kosten des Ausstiegs auf weniger Kunden umgelegt werden müssen. Ich setze mich für eine gerechte Lösung ein und fordere in Abstimmung mit den Landräten einen Energiekoordinator/in für unsere Region. Ziel muss es zumindest sein, dass die Ausbaukosten für Windkraft im Leitungsbau durch Einspeisung in die Mittelspannungsnetze eher im Land verteilt in unserer Region zugerechnet werden. Da die neue Landesregierung den ländlichen Raum bisher eher stiefmütterlich behandelt, sollte unsere Devise lauten „Energie gegen Infrastruktur“! D.h., wenn wir EEN-Strom in die

bawü Metropolen senden, muss das Land für entsprechende Infra (Straßenbau, Ärzte, Krankenhauskosten, Breitband) im ländlichen Raum sorgen. Sonst spalten wir unser Land, das darf nicht sein. Ich werde ausführlich weiter berichten und handeln.

2. Berlin

Am 01./02. November nahm ich mit zwei Kollegen von FDP und B90/Grüne beim Auswärtigen Amt am Auftaktseminar zur Entwicklung einer außen- und sicherheitspolitischen Strategie Deutschlands teil. Grundzüge sollen bis Sommer nächsten Jahres erarbeitet sein und ein Vorschlag für die nächste Bundesregierung werden. Hier bringe ich meine jahrelange Erfahrung mit ein.

Montag und Dienstag war ich im Auftrag unserer Fraktion in Pakistan, um Gespräche über die pakistanischen Positionen zur Zukunft Afghanistans ab 2014 zu führen. Am Mittwoch besuchte ich die EU-Kommission in Brüssel wegen Energieversorgungssicherheits- und EU-Erweiterungsfragen.

3. Sonstiges

Der VfR Aalen hat mich **heute** mit seiner Bundesliga-Mannschaft im **Bundestag** besucht, neben einer spannenden Debatte zum Betreuungsgeld standen Gespräche und Termine mit unserer Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, Bundestagspräsident **Norbert Lammert**, Fraktionsvorsitzendem **Volker Kauder** und Bundesinnen-/Sportminister **Hans-Peter Friedrich** auf dem Programm, bestimmt gute Motivation für das morgige Spiel gegen den Berliner Traditionsclub Union Berlin. Sportminister Friedrich zog wie ich sogleich das Trikot des VfR an, ein toller Vormittag.

Am Samstag nehme ich am Nahverkehrsforum Ostalb und am Landestag der JU Baden-Württemberg teil. Ich freue mich schon auf die kommende Woche im Wahlkreis.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

